

# **HAUPTSATZUNG**

## **des Landkreises Ahrweiler**

**vom 02.09.2004**

**in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 12.07.2024**

Der Kreistag hat aufgrund

- der §§ 11 b, 12, 17, 18, 20, 25, 27, 27 a, 37, 38, 41 und 44 der Landkreisordnung (LKO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133),
- der §§ 2 und 3 der Landesverordnung zur Durchführung der Landkreisordnung (LKODVO) vom 21. Februar 1974 (GVBl. S. 102), zuletzt geändert durch Verordnung vom 06. November 2009 (GVBl. S. 379), und
- der §§ 2, 3, 4, 5, 7 und 15 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KOMAEVO) vom 27. November 1997 (GVBl. S. 435), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 der Verordnung vom 29. August 2023 (GVBl. S. 241),
- des § 2 der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung vom 12. März 1991 (GVBl. S. 85), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 der Änderungsverordnung vom 13. Dezember 2023 (GVBl. S. 410),
- des § 25 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) vom 28. November 1986 (GVBl. S. 342), zuletzt geändert durch Art. 11 des Landesgesetzes vom 19. Dezember 2018 (GVBl. S. 448),

am 12.07.2024 folgende Änderung der Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

### **§ 1 \***

#### **Öffentliche Bekanntmachungen**

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises erfolgen, soweit durch eine Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, in einer Wochenzeitung. Der Kreistag beschließt, in welcher Zeitung die Bekanntmachungen zu veröffentlichen sind. Der Beschluss des Kreistages wird in der Zeitung „Blick aktuell“ bekannt gemacht. Zusätzlich erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen im Internet unter der Adresse „<http://www.kreis-ahrweiler.de>“.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Abs. 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Kreisverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit bekannt gemacht werden. In diesem Falle ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Abs. 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens 7 volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die

\* § 1: Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 04.12.2009 gemäß § 1 Abs. 1 folgenden Beschluss gefasst:  
„Die öffentlichen Bekanntmachungen des Landkreises Ahrweiler erfolgen ab dem 01.01.2010 in den Ausgaben „BLICK aktuell“ des Krupp Verlags.“

Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens 7 Tagen Einsicht genommen werden kann.

- (3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt Abs. 2 entsprechend.
- (4) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die in der Hauptsatzung vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so kann in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf, durch Aushang (Anschlag) oder in anderer, eine ausreichende Unterrichtung der Einwohner gewährleistenden Form erfolgen. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form nachzuholen, wenn nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

## § 2

### Kreis- und Umweltausschuss

- (1) Der Kreistag bildet aus seiner Mitte einen Kreis- und Umweltausschuss. Er besteht aus 14 Mitgliedern. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen.
- (2) Der Kreis- und Umweltausschuss hat folgende Aufgaben:
  1. Vorberatung der Beschlüsse des Kreistages, insbesondere die Vorberatung des Haushaltsplanes und der Kreissatzungen, und Abgabe von Empfehlungen an den Kreistag,
  2. die Ausführung des Haushaltsplanes, soweit nicht ein weiterer Ausschuss vom Kreistag damit beauftragt ist oder soweit nicht der Landrat zuständig ist,
  3. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen oder Auszahlungen
    - bei freiwilligen Leistungen im Einzelfalle bis zu 52.000,00 EUR,
    - bei Ausgaben, die aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung erfolgen, im Einzelfalle bis zu 256.000,00 EUR,
  4. Zustimmung zur Ernennung der Beamten des dritten und des vierten Einstiegsamtes sowie zur Entlassung von Beamten auf Probe dieser Laufbahngruppen gegen deren Willen,
  5. Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung der dem dritten und dem vierten Einstiegsamtes vergleichbaren Beschäftigten sowie zur Kündigung gegen deren Willen,
  6. Zustimmung zur Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns,
  7. Bestellung der Mitglieder des Vorstandes der Kreissparkasse Ahrweiler (§ 12 Abs. 1 SpkG),
  8. -
  9. die Verfügung über Kreisvermögen sowie die Hingabe von Darlehen des Landkreises, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben oder Teilen von Eigenbetrieben bis zu einer Wertgrenze von 52.000,00 EUR,
  10. Genehmigung von Verträgen des Landkreises mit dem Landrat, den Kreisbeigeordneten, dem leitenden staatlichen Beamten und den leitenden kommunalen Beamten bis zu

einer Wertgrenze von 26.000,00 EUR,

11. Abgabe von Stellungnahmen zu planerischen, raumordnerischen und entsprechenden Angelegenheiten des Kreises,
12. Behandlung von Anregungen und Beschwerden der Einwohner (§ 11b LKO),
13. die unbefristete Niederschlagung und der Erlass von Forderungen,
14. Abschluss von Vergleichen bis zu einer Höhe von 52.000,00 EUR.
15. Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zur Erfüllung der Aufgaben des Landkreises nach § 2 Abs. 1 LKO.

Der Kreis- und Umweltausschuss ist außerdem oberste Dienstbehörde im Sinne des Personalvertretungsgesetzes für das Land Rheinland-Pfalz.

Dem Kreis- und Umweltausschuss durch besondere Rechtsvorschriften übertragene Aufgaben bleiben unberührt.

### **§ 3**

#### **Übertragung von Aufgaben des Kreistages auf den Landrat**

Folgende Aufgaben des Kreistages werden dem Landrat übertragen, soweit er nicht ohnehin im Rahmen der laufenden Verwaltung zuständig ist:

1. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen oder Auszahlungen
  - bei freiwilligen Leistungen im Einzelfalle bis zu 26.000,00 EUR,
  - bei Ausgaben, die aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung erfolgen, im Einzelfalle bis zu 100.000,00 EUR,
2. Vergabe von Aufträgen und sonstigen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplanes sowie der Abschluss von Vergleichen bis zu einer Wertgrenze von 50.000,00 EUR netto je Einzelfall. Bei Vergabe von Aufträgen und sonstigen Entscheidungen im Zusammenhang mit Wiederaufbaumaßnahmen in Folge der Flutkatastrophe beträgt die Wertgrenze 100.000,00 EUR netto. Für Aufträge im Zusammenhang mit Maßnahmen der Gewässerwiederherstellung beträgt die Höhe 500.000,00 EUR netto,
3. Verfügung über Kreisvermögen bis zu einer Wertgrenze von 50.000,00 EUR,
4. Stundung und befristete Niederschlagung von Forderungen in unbegrenzter Höhe sowie die unbefristete Niederschlagung und der Erlass von Forderungen bis zu einer Wertgrenze von 8.000,00 EUR je Einzelfall,
5. Aufnahme von Krediten im Rahmen der Haushaltssatzung, Umschuldungen,
6. Bewilligung der Zuweisungen gemäß § 87 Abs. 2 Schulgesetz, soweit die gesetzlich festgelegte Mindestzuweisung nicht überschritten wird.

### **§ 4**

#### **Kreisbeigeordnete**

Der Landkreis hat 3 ehrenamtliche Kreisbeigeordnete ohne eigenen Geschäftsbereich. Der Kreistag setzt vor der Wahl die Reihenfolge der allgemeinen Vertretung fest.

## **§ 5**

### **Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Kreistages**

- (1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Kreistagsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages Entschädigung nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5.
- (2) Die Entschädigung wird gewährt in Form
  - a) eines Sitzungsgeldes in Höhe von 85,00 EUR,
  - b) eines monatlichen Grundbetrages in Höhe von 85,00 EUR.

Der Jahresbetrag des monatlichen Grundbetrages wird um 50 v. H. gekürzt, wenn ein Kreistagsmitglied an mindestens der Hälfte der in diesem Jahr stattgefundenen Kreistagsitzungen ohne triftigen Grund nicht teilgenommen hat oder von der Teilnahme ausgeschlossen war.

- (3) Neben der Aufwandsentschädigung nach Abs. 2 werden die notwendigen Fahrkosten für Fahrten zwischen Wohnort und Sitzungsort durch Ersatz der entstandenen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel erstattet; soweit eigene Fahrzeuge benutzt werden, erfolgt Fahrgeldvergütung nach den Sätzen für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge.
- (4) Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt. Auf Antrag wird der glaubhaft versicherte Verdienstaufschlag ersetzt, höchstens jedoch 82,00 EUR je Sitzung.
- (5) Die Vorsitzenden der im Kreistag gebildeten Fraktionen erhalten zusätzlich eine besondere Entschädigung in Höhe von 100% der Entschädigung nach Abs. 2.
- (6) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die Kreistagsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz.
- (7) Für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen, die der Vorbereitung von Kreistagsitzungen dienen, erhalten die Kreistagsmitglieder eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2 Satz 1 Buchstabe a, 3 und 5. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf jährlich das Vierfache der Zahl der Kreistagsitzungen nicht übersteigen; sie darf jedoch mindestens 16 betragen.
- (8) Jedes Kreistagsmitglied erhält eine Sachkosten-Pauschale in Höhe von monatlich 5,00 € für den sachlichen Aufwand zur Beschaffung von Hardware und sonstigem Bedarf für die Teilnahme an der digitalen Gremienarbeit, sofern es eine verpflichtende schriftliche Erklärung abgegeben hat. Die Sachkosten-Pauschale nach Satz 1 beinhaltet sämtliche Betriebsaufwendungen für die Instandhaltung und andere laufende Kosten des Kreistagsmitgliedes für den Betrieb des digitalen Endgerätes sowie die Kosten für eine eventuell erforderliche Ersatzbeschaffung.

## **§ 6**

### **Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen, Beiräten, Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen**

- (1) Die Mitglieder der Ausschüsse erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 85,00 EUR.
- (2) Die Mitglieder sonstiger Ausschüsse und Beiräte, zu deren Kostentragung der Landkreis verpflichtet ist, erhalten eine Entschädigung nach Absatz 1, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.
- (3) Die Mitglieder der durch einen Ausschuss des Kreistages gebildeten Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie die Mitglieder des Arbeitskreises der Fraktionsvorsitzenden und Kreisbeigeordneten erhalten eine Entschädigung nach Absatz 1, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.
- (4) Der Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration erhält zusätzlich eine Entschädigung entsprechend § 5 Abs. 5.
- (5) Die Beisitzer der Wahlausschüsse erhalten ein Sitzungsgeld entsprechend den Bestimmungen des Landeswahlrechtes.
- (6) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 5 Abs. 3, 4 bis 6 entsprechend.

## **§ 7**

### **Aufwandsentschädigung des Landrates und der Kreisbeigeordneten**

- (1) Dem Landrat wird eine monatliche Dienstaufwandsentschädigung nach Maßgabe der Landesverordnung über die Besoldung und Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in der jeweils geltenden Fassung gewährt. Es gilt der jeweils festgesetzte Höchstbetrag.
- (2) Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten erhalten für den Fall der Vertretung des Landrates eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter in der jeweils geltenden Fassung. Es gilt der jeweils um 20 v.H. erhöhte Regelsatz.  
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung von Kreistagssitzungen dienen, die den Mitgliedern des Kreistages und der Ausschüsse jeweils zustehende Aufwandsentschädigung. Das gleiche gilt für die Teilnahme an Sitzungen des Kreisvorstandes und an Besprechungen mit dem Landrat.

## **§ 8**

### **Aufwandsentschädigung nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung sowie für Leitende Notärzte und Organisatorische Leiter nach dem Landesgesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz**

- (1) Der Kreisfeuerwehrinspekteur erhält nach Maßgabe der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung eine monatliche Aufwandsentschädigung, bestehend aus
  - a) einem Grundbetrag, der dem Höchstsatz entspricht und
  - b) einem Zuschlag für jede im Kreisgebiet aufgestellte örtliche Feuerwehreinheit gemäß § 8 Abs. 1 der o.a. Verordnung.
- (2) Die monatliche Aufwandsentschädigung des stellvertretenden Kreisfeuerwehrinspektors beträgt unter der Voraussetzung des § 8 Abs. 2 der Feuerwehr-

Entschädigungsverordnung – bei mehreren Stellvertretern – jeweils 50 % des an den Kreisfeuerwehrinspekteur gezahlten Betrages.

- (3) Der Kreisjugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung ausgewiesenen Satzes zuzüglich des jeweiligen Zuschlags für jede im Kreisgebiet aufgestellte örtliche Jugendfeuerwehr.
- (4) Die Kreisausbilder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung ausgewiesenen Satzes.
- (5) Der Zugführer des Gefahrstoffzuges erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 % des Höchstbetrages nach § 10 Abs. 2 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die monatliche Aufwandsentschädigung der stellvertretenden Zugführer des Gefahrstoffzuges beträgt jeweils ein Drittel (33,33%) des an den Zugführer zu zahlenden Betrages.
- (6) Der Atemschutzgerätewart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60 % des Höchstbetrages nach § 11 Abs. 4 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (7) Der Gefahrstoffgerätewart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 45 % des Höchstbetrages nach § 11 Abs. 4 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (8) Die Leitenden Notärzte erhalten für allgemeine Rufbereitschaft (Zufallsbereitschaft), für Übungen, für nichtkostenpflichtige Einsätze und für sonstige geringfügige Auslagen (ohne Fahrtkosten) eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50,00 €. Der Sprecher dieser Gruppe erhält aufgrund des erhöhten Aufwandes zusätzlich 10,00 €/monatlich. Bei Heranziehung zu Einsätzen, bei denen aufgrund § 37 LBKG Kostenersatz zu leisten ist, wird eine Entschädigung in Höhe von 80,00 € pro Stunde gezahlt. Bei Anwesenheitsbereitschaft anlässlich von Großveranstaltungen bzw. anderer, durch Gefährdung erforderlicher Präventivmaßnahmen, werden in der Zeit zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr 50,00 € pro Stunde und von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr 60,00 € pro Stunde gezahlt.
- (9) Die Organisatorischen Leiter erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50,00 €. Der Sprecher dieser Gruppe erhält aufgrund des erhöhten Aufwandes zusätzlich 10,00 €/monatlich. Für Einsätze, bei denen aufgrund des § 37 LBKG Kostenersatz zu leisten ist, und bei Anwesenheitsbereitschaft anlässlich von Großveranstaltungen wird eine Entschädigung von 11,00 € je Einsatzstunde gezahlt.
- (10) Der Leiter der Führungsgruppe Information und Kommunikation innerhalb der Technischen Einsatzleitung erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des Mittelwertes nach § 11 Abs. 4 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel.

## **§ 9**

### **Aufwandsentschädigung für die Patientenführsprecher**

- (1) Der Patientenführsprecher erhält eine Entschädigung in Form eines monatlichen Pauschbetrages.  
Die Entschädigung beträgt monatlich 69,01 EUR.

Bei Fachkrankenhäusern der Psychiatrie wird der in Satz 2 genannte Betrag verdoppelt. Der Betrag ist entsprechend der jeweiligen Erhöhung der Grundgehälter im öffentlichen

Dienst anzuheben.

- (2) Nimmt der Patientenfürsprecher sein Amt ununterbrochen länger als einen Monat nicht wahr, wird für die darüber hinausgehende Zeit keine Aufwandsentschädigung gewährt.

### **§ 10**

#### **Aufwandsentschädigung für den Leiter des Kreismedienzentrums**

- (1) Der Leiter des Kreismedienzentrums erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Betrag von 105,00 EUR.
- (2) Neben dem monatlichen Betrag nach Abs. 1 werden die notwendigen Fahrkosten für Fahrten die im Rahmen der Tätigkeit als Leiter des Kreismedienzentrums entstehen, erstattet. Soweit das eigene Fahrzeug genutzt wird, erfolgt die Fahrgeldvergütung nach den für die Inanspruchnahme der privaten Kraftfahrzeuge bei genehmigten Dienstreisen, mit Ausnahme von anerkannt privateigenen Kraftfahrzeugen, jeweils geltenden Sätzen.
- (3) Nimmt der Leiter des Kreismedienzentrums sein Amt ununterbrochen länger als einen Monat nicht wahr, wird für die darüber hinausgehende Zeit keine Aufwandsentschädigung gewährt.

### **§ 11**

#### **Aufwandsentschädigung für den Kreisjagdmeister**

- (1) Zur Abgeltung der mit der Wahrnehmung des Ehrenamtes verbundenen notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhält der Kreisjagdmeister monatlich im Voraus eine Aufwandsentschädigung.
- (2) Die monatliche Aufwandsentschädigung setzt sich wie folgt zusammen:
- |   |            |
|---|------------|
| a) Sockelbetrag                                       | 107,00 EUR |
| b) für jeden Jagdbezirk einschließlich Teiljagdbezirk | 1,00 EUR   |

### **§ 12**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt rückwirkend am 12. Juli 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 02.09.2004 außer Kraft.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, 15.07.2024  
Kreisverwaltung Ahrweiler

gez.  
Cornelia Weigand  
Landrätin